S 3 VU 8/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	-
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Zur Überprüfung eines bestandskräftig festgestellten Versorgungsanspruchs hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung und der Höhe des GdS Zur Gewährung von Beschädigtenrente nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz bzw. dem Häftlingshilfegesetz unter dem Gesichtspunkt des Beginns der Versorgung und der Höhe des GdS
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 VU 8/17
Datum	21.11.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 20 VU 2/17
Datum	26.02.2021

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Â

I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 21.11.2017 wird zurückgewiesen.

II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

T a t b e s t a n d :

Der Kläger begehrt im Wege des Überprüfungsverfahrens auf der Grundlage des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) bzw. des Hftlingshilfegesetzes (HHG) iVm dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) die Anerkennung von Schädigungsfolgen aufgrund einer Inhaftierung in der ehemaligen DDR sowie die Gewährung einer Beschädigtenrente nach einem Grad der Schädigungsfolgen (GdS) von mindestens 60 und zwar seit 1987.

Der 1958 geborene Kläger befand sich in der Zeit vom 10.04.1986 bis 20.05.1987 in verschiedenen Haftanstalten der DDR in Strafhft (M, C bzw. K-Stadt). Im Anschluss an die Haftzeit wurde er in die Bundesrepublik Deutschland entlassen.

Erstmals am 15.06.1987 beantragte der Kläger beim Versorgungsamt B die Feststellung von Schädigungsfolgen und Versorgung nach dem HHG. Mit seinem Antrag machte u.a. ein seelisches Leiden als Gesundheitsstörung geltend; ob dieses Leiden vorliege, könne erst nach Abschluss einer am 01.06.1987 beantragten Kur beurteilt werden.

Mit Bescheinigung vom 08.12.1987 nach [ 10 Abs. 4 HHG](#) wurde dem Kläger bescheinigt, dass bei ihm die Voraussetzungen des [ 1 Abs. 1 Nr. 1 HHG](#) und des [ 9 Abs. 1 HHG](#) vorlägen und Ausschlussgründe nach [ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HHG](#) nicht gegeben seien.

Der Kläger absolvierte in der Zeit vom 12.01.1988 bis 09.02.1988 eine Kur in B1. Ausweislich des Abschlussberichts der Rehabilitationseinrichtung seien ein psychophysischer Erschöpfungszustand, eine vegetative Dystonie, eine Struma diffusa et nodosa sowie eine Akne vulgaris festgestellt worden. Der Kläger habe sich recht gut erholt, er sei psychisch aufgelockert gewesen. Subjektiv klage er über keine Beschwerden. Das frühere Haftgeschehen werde distanziert und gut reflektiert betrachtet.

Dies nahm die damals zuständige Versorgungsverwaltung des Landes B am 11.05.1988 zum Anlass, beim Kläger nachzufragen, welche Schädigungsfolgen verblieben seien und ob er seinen Antrag auf Gewährung von Beschädigtenversorgung aufrechterhalte. Nachdem dieses Schreiben wegen eines Umzugs des Klägers nach N zurückgelaufen war, gab das Versorgungsamt B seine Akten zuständigkeitshalber an den Beklagten ab, der mit Schreiben vom 10.06.1988 erneut beim Kläger anfragte, ob und gegebenenfalls welche Haftschäden noch vorlägen.

Hierauf erklärte der Kläger mit Schreiben vom 26.06.1988, sein Wohlbefinden habe sich wieder vollständig normalisiert; der Kuraufenthalt sei dabei eine große Hilfe gewesen. Haftschäden seien daher momentan nicht vorhanden und seien auch nicht zu erwarten. Der Beklagte verfügte daraufhin das Weglegen der Akte mit dem Vermerk, dass wegen fehlender Haftschäden nichts weiter zu veranlassen sei.

Mit Beschluss des Landgerichts Magdeburg vom 21.06.1995 wurde der Kläger für die Haftzeit vom 10.04.1986 bis 20.05.1987 strafrechtlich gemäß  1 Abs.

1 Nr. 1d) StrRehaG rehabilitiert.

Am 13.05.2005 stellte der damalige gesetzliche Betreuer des KlÄxgers, Herr F., beim Beklagten einen Erstantrag auf Feststellung einer Behinderung und des Grades der Behinderung (GdB) nach [Ä§ 69](#) Sozialgesetzbuch Neuntes Buch/SGB IX (a.F.). Als GesundheitsstÄ¶rungen wurden im Antrag Depression, Insomnie, labile Hypertonie, Schlaflosigkeit, Ä¶ngste und Blockaden genannt. Als Ursache der GesundheitsstÄ¶rungen wurde â¶¶sonstige Ursacheâ¶¶ angegeben. Dazu vorgelegt wurden unter anderem folgende Unterlagen mit den im Folgenden in AuszÄ¶gen wiedergegebenen Textpassagen:

â¶¶ Befundbericht des Klinikums N, Klinik fÄ¶r Psychosomatik und psychotherapeutische Medizin, vom 16.03.2004: â¶¶AuslÄ¶send [Anm.: fÄ¶r die psychischen Beschwerden des KlÄxgers] sieht Herr H. seine Wohnungsumsetzung im FrÄ¶hjahr 2000. Damals musste er als Mieter die alte Wohnung zwangsweise rÄ¶umen und wurde in eine neue Wohnung [â¶¶] versetzt, die eine im Vergleich zu den anderen Geschossen sehr dÄ¶nne Au¶enwand (nur 26 cm) habe. Dadurch werde diese Wohnung von zwei Seiten von einer gro¶en Hauptstra¶e [â¶¶] beschallt und er kÄ¶nne bei seiner LÄ¶rmempfindlichkeit nie zur Ruhe kommen und finde keinen erholsamen Schlaf. [â¶¶] 1983 wurde er von der Stasi verhaftet, weil er ausreisen wollte und wurde zu 2 Jahren und 5 Monaten Haft verurteilt.â¶¶

â¶¶ Psychologisches Gutachten des Diplompsychologen Stefan von Scheidt vom 22.09.2004: â¶¶Auch wenn davon auszugehen ist, dass die schwierigen und belastenden Erfahrungen wÄ¶hrend Herrn H.s Verhaftung und Haftzeit in der damaligen DDR (infolge seiner journalistischen TÄ¶tigkeit und seinem Ausreiseantrag) Spuren in seiner Seele hinterlassen haben, zeigt eine Analyse der Gesamtsituation, das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit doch die aktuelle Wohnsituation ursÄ¶chlich ist fÄ¶r den Gro¶teil der aktuellen Symptomatik.â¶¶

â¶¶ NervenÄ¶rztliches Gutachten von Frau F1 (FachÄ¶rztin fÄ¶r Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie) vom 29.04.2005: â¶¶1986 kam es zu einer Inhaftierung in der DDR. Nach Ä¶ber einem Jahr Haft wurde der Betroffene durch die BRD freigekauft und lebt seither im Westen. In den neunziger Jahren BerufstÄ¶tigkeit in einer Druckerei, zeitweise auch als Pressereferent, sowie freiberufliche TÄ¶tigkeit als Buchautor. Nach der erfolgreichen ErstverÄ¶ffentlichung eines Buches nur noch selbststÄ¶ndige TÄ¶tigkeit als Autor und Publizist. Seit dem Jahr 2000 beruflicher Stillstand, was aus Sicht des Betroffenen bedingt sei durch die gesundheitlichen BeeintrÄ¶chtigungen, verursacht durch die aktuelle Wohnsituation.â¶¶ Bei einem Gerichtsverfahren wegen seiner Wohnsituation habe er â¶¶so etwas wie ein ReinszenierungsgefÄ¶hl der Verurteilung aus der frÄ¶heren DDR erlebt.â¶¶

Mit Bescheid vom 15.06.2005 wurde beim KlÄxger ein GdB von 50 anerkannt aufgrund folgender GesundheitsstÄ¶rung: Seelische StÄ¶rung mit psychovegetativen StÄ¶rungen.

Im Rahmen der NachprÄ¶fung des klÄxgerischen Gesundheitszustands durch den Beklagten im Jahr 2008 hat der KlÄxger mit Schreiben vom 02.07.2008 unter Bezugnahme auf eine beigefÄ¶gte, Ä¶ber 20-seitige Ä¶rztliche Stellungnahme von

W vom 12.02.2008 mitgeteilt, dass seine Gesundheitsstörungen geblieben seien, dass allerdings ihre eigentliche Ursache gefunden worden sei, nämlich in den gesundheitsschädlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Sendeanlagen in seinem Wohnumfeld.

Am 19.07.2005 teilte eine Mitarbeiterin (W1) der N GmbH dem Beklagten telefonisch mit, dass sie den Kläger in der Arbeitsvermittlung betreue. Dieser sei derzeit psychisch schwer erkrankt und führe dies auf seine frühere Haft in der DDR zurück. Um die Übersendung der entsprechenden Antragsformularblätter für die Beantragung von Leistungen nach dem StrRehaG werde gebeten. Hierauf übermittelte der Beklagte mit Schreiben vom 02.08.2005 das gewünschte Antragsformular an W1 unter dem Az. 15/31/StrRehaG und mit dem Betreff „Durchführung des strafrechtlichen Rehabilitationsgesetzes (StrRehaG) für A., * 7. 5. 1958“.

Mit Bescheid vom 15.11.2007 gewährte die Regierung von Mittelfranken dem Kläger auf dessen Antrag vom 12.08.2007 eine monatliche besondere Zuwendung in Höhe von 250 € nach [§ 17a StrRehaG](#) ab 01.09.2007.

Mit dem W1 übersandten Formular (vgl. dessen Betreff „Schreiben vom 02.08.2005 zum Aktenzeichen 15/31/StrRehaG, Angelegenheit: A., “ beantragte der Kläger (erst) am 26.11.2009 Leistungen nach dem StrRehaG.

Nach Beiziehung ärztlicher Befundberichte, einer Begutachtung durch den Facharzt für Neurologie und Psychiatrie G (Gutachten vom 10.08.2010) und einer versorgungsärztlichen Stellungnahme vom 27.09.2010 (Nervenärztin B: Der Vorschaden der Persönlichkeitsstörung sei mit einem GdB von 30 bis 40 zu bewerten, insgesamt sei der im Schwerbehindertenrecht festgestellte GdB von 50 zutreffend) stellte der Beklagte mit Bescheid vom 08.10.2010 beim Kläger als Schädigungsfolgen der erlittenen Haft folgende Gesundheitsstörungen fest: Anlassbezogene Wiedererinnerungen mit Ängsten und auch Vermeidungsverhalten sowie Verschlimmerung einer vorbestehenden Persönlichkeitsstörung. Der GdS betrage 30. Ein Anspruch auf Gewährung einer Rente bestehe ab dem 01.11.2009. Die Entscheidungen über eine besondere berufliche Betroffenheit iSv [§ 30 Abs. 2 BVG](#) und einen Berufsschadensausgleich würden zu einem späteren Zeitpunkt ergehen.

Wegen eines ihm nicht bekannten Betreuerwechsels beim Kläger schickte der Beklagte den Bescheid vom 08.10.2010 nicht an den aktuellen Betreuer, sondern an dessen Vorgängerin. Mit Schreiben vom 29.10.2010 teilte der Kläger dem Beklagten mit, er habe überrascht festgestellt, dass er Leistungen nach dem StrRehaG erhalten habe. Ein entsprechender Bescheid sei ihm nicht zugegangen. Er bitte daher um (nochmalige) Zusendung des Bescheids an seine Anschrift. Dies erledigte der Beklagte mit Schreiben vom 04.11.2010. Mit Schreiben vom 10.12.2010 bedankte sich der Kläger hierfür und wies auf die aktuell unklare Betreuungssituation bei ihm hin.

Am 25.01.2011 erhob der Kläger mit Schreiben vom selben Tag Widerspruch gegen den Bescheid vom 08.10.2010. Schäden an seinem Zahnbestand aufgrund der politischen Haftzeit seien zu Unrecht als Haftfolgeschaden nicht anerkannt worden. Der Beklagte erachtete den Widerspruch als verfristet und wertete das Schreiben als Antrag auf Überprüfung nach [ 44 SGB X](#) hinsichtlich des Bescheids vom 08.10.2010.

Mit Schreiben vom 15.08.2011 zeigte Frau C. die gesetzliche Betreuung für den Kläger an und bat, den anfallenden Schriftverkehr mit ihr zu führen.

Am 24.08.2011 stellte der Kläger einen Antrag auf Überprüfung von Versorgungsansprüchen – auch in Ergänzung zum Widerspruch vom 25.01.2011 –. Seiner Auffassung nach beständen Versorgungsansprüche unter Zugrundelegung der Erstantragstellung im Juni 1987. Aufgrund von in der Haft erlittenen Schäden im Zahnbereich sei außerdem der GdS auf mindestens 50 anzuheben.

Mit Bescheid vom 04.01.2012, adressiert an die gesetzliche Betreuerin Frau C., lehnte es der Beklagte ab, den Bescheid vom 08.10.2010 gemäß [ 44 SGB X](#) zurackzunehmen. Der Widerspruch vom 25.01.2011 sei verfristet, weil der Bescheid vom 08.10.2010 dem Kläger durch die Übersendung einer Kopie des Bescheids mit allen Anlagen (mit Schreiben vom 04.11.2010) bekannt gegeben worden sei. Eine Anerkennung von Zahnschäden könne nicht erfolgen, denn es sei nicht mit der geforderten Wahrscheinlichkeit festzustellen, dass die heute vorliegenden Zahnschäden auf die Inhaftierung zurackzufuhren seien. Ein Antrag auf Gewährung von Rentenleistungen bzw. Anerkennung von Schädigungsfolgen nach dem HHG sei 1987 nicht gestellt worden; der Kläger habe damals ausdrücklich mitgeteilt, dass keine Haftschaden vorlägen und auch nicht zu erwarten seien. Der GdS sei mit 30 zutreffend festgestellt.

Gegen diesen Bescheid legte der Kläger mit Schreiben vom 25.01.2012 Widerspruch ein und machte geltend, dass in Folge der zu Unrecht erlittenen Haft bei ihm eine posttraumatische Belastungsstörung vorliege. Diese sei mit einem höheren GdS als 30 zu bewerten. Zudem habe er bereits im Juni 1987 einen Antrag beim Versorgungsamt in B gestellt, wobei erst im Jahr 2011 diagnostiziert worden sei, dass bei ihm bereits im Jahr 1988 eine dissoziative Identitetsstorung (DIS) vorgelegen habe. Außerdem sei ein zahnärztliches Gutachten notwendig, um die Zahnschadigung als Schädigungsfolge feststellen zu können.

Mit Bescheid vom 28.02.2012 lehnte der Beklagte den Antrag des Klägers vom 26.11.2009 auf Höherbewertung des GdS wegen besonderer beruflicher Betroffenheit und auf Berufsschadensausgleich ab. Sofern Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben erfolgversprechend und zumutbar seien, entstehe ein Anspruch auf Höherbewertung des GdS nach [ 30 Abs. 2 BVG](#) und auf Berufsschadensausgleich frühestens in dem Monat, in dem diese Maßnahmen abgeschlossen warden ([ 29 BVG](#)). Nach den vorliegenden Unterlagen habe der Kläger Leistungen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben beantragt, was ihm mit Bescheid des Rentenversicherungsträgers

vom 07.02.2012 auch dem Grunde nach bewilligt worden sei. Vor Abschluss dieser Maßnahmen bestehe weder Anspruch auf Härterbewertung des GdS wegen besonderer beruflicher Betroffenheit noch auf Gewährleistung eines Berufsschadensausgleichs.

Der Kläger legte dagegen am 19.03.2012 Widerspruch ein, der mit Widerspruchsbescheid vom 03.04.2012 zurückgewiesen wurde. Die hiergegen zum Sozialgericht (SG) Nürnberg erhobene Klage ist dort noch anhängig.

Zwischenzeitlich, am 27.04.2012, hatte der Klägerbevollmächtigte gegenüber dem Beklagten angezeigt an, dass er diesen nunmehr in den Widerspruchsverfahren gegen die Bescheide vom 04.01.2012 und vom 28.02.2012 vertrete.

Nach Einholung eines weiteren psychiatrischen Gutachtens (vom 29.09.2013; Ärztin für Psychiatrie E1) erkannte der Beklagte unter Zurücknahme des Bescheides vom 08.10.2010 mit Teilabhilfebescheid vom 31.01.2014 als Schädigungsfolge iSd [§ 21 StrRehaG](#) eine posttraumatische Belastungsstörung mit Anspruch auf Heilbehandlung nach dem BVG an. Der GdS betrage 50. Der Anspruch bestehe ab dem 01.11.2009.

Am 27.02.2014 legte der Kläger u.a. gegen den Teilabhilfebescheid vom 31.01.2014 Widerspruch ein, worauf der Beklagte ein zahnärztliches Gutachten (vom 06.07.2016) durch den Zahnarzt B2 erstellen ließ. Hierin wurde festgestellt, dass der Verlust von insgesamt sechs Zähnen (iSd der Entstehung bzw. iSd Verschlimmerung) als Schädigungsfolge anerkannt werden sollte. Eine Zuordnung, welche Zähne aufgrund der Haftbedingungen geschädigt worden seien, könne nicht mehr vorgenommen werden. Der GdS im Zahnbereich werde ohne Berücksichtigung einer Ursache mit 50 eingestuft, unter Berücksichtigung des Vorschadens und des Nachschadens sei ein GdS im Zahnbereich von 25 angemessen. Eine Auswirkung auf den GdS und GdB in allen Lebenslagen sei jedoch nicht gegeben.

Mit Widerspruchsbescheid vom 30.03.2017 erkannte der Beklagte als weitere Schädigungsfolge den Verlust von sechs Zähnen bei erheblicher Zahnvorschädigung an. Auch für diese Schädigungsfolge bestehe ab 01.11.2009 Anspruch auf Heilbehandlung. Ein GdS sei damit nicht verbunden (GdS 0). Nur ein umfassender Zahnverlust könne mit einem GdS bewertet werden. Der Gesamt-GdS betrage damit unter Einbeziehung der mit Bescheid vom 31.01.2014 anerkannten Schädigungsfolge posttraumatische Belastungsstörung 50. Im Übrigen werde der Widerspruch gegen den Bescheid vom 04.01.2012 zurückgewiesen. Der Antrag aus dem Jahr 1987 sei durch (zumindest konkludente) Rücknahme mit Schreiben vom 26.06.1988 erledigt. Auch im Jahr 2005 habe der Kläger keinen Antrag gestellt; es sei lediglich um die Übersendung eines Formularantrags gebeten worden. Ein schriftlicher oder zur Niederschrift gestellter Antrag liege nicht vor.

Hiergegen hat der Kläger am 12.04.2017 Klage zum SG Nürnberg erhoben ([S 3](#)

[VU 8/17](#)) mit dem Antrag, den Beklagten unter Aufhebung des Widerspruchsbescheids vom 30.03.2017 zu verurteilen, Leistungen nach dem StrRehaG (vormals HHG) ab Antragstellung im Jahre 1987 zu gewährleisten. Darüber hinaus sei wegen der Zahnschäden bis zur Sanierung des Gebisses ein höherer GdS als 50 zuzuerkennen. Begründet hat er dies damit, dass über seinen Antrag vom Juni 1987 bisher nicht entschieden worden sei. Zudem rechtfertige der Verlust von sechs Zähnen als anerkannte Schädigungsfolge â zumindest bis zur Sanierung des Gebisses â die Erhaltung des GdS.

Das SG hat die Klage mit Urteil vom 21.11.2017 abgewiesen. Der Bescheid des Beklagten vom 04.01.2012 in der Gestalt des Teilabhilfebescheids vom 31.01.2014 und des Widerspruchsbescheids vom 30.03.2017 sei rechtmäßig. Unstreitig seien vorliegend das Anerkenntnis einer posttraumatischen Belastungsstörung und der Verlust von sechs Zähnen als Schädigungsfolge iSd StrRehaG dem Grunde nach. Im Streit stehe auch nicht die Bewertung des GdS mit 50 für die psychischen Schäden. Soweit der Kläger eine vorübergehende Höherbewertung des GdS wegen der Anerkennung des Verlustes von sechs Zähnen fordere und Leistungen für die Zeit seit 1987, sei die Klage unbegründet.

Gegen das Urteil hat der Kläger bevollmächtigter den Kläger Berufung beim Bayer. Landessozialgericht (LSG) eingelegt und die Bewilligung von Prozesskostenhilfe (PKH) beantragt. Leistungen seien für die Zeit ab dem 01.06.1987 zu gewährleisten. Denn Leistungen nach dem HHG seien erstmals am 15.06.1987 beantragt worden. Über diesen Antrag sei nie entschieden worden. Im Reha-Abschlussbericht von B1 sei eine psychiatrische Erkrankung als Folge der Haft auch nicht ausgeschlossen worden. Der Kläger habe den Antrag vom Juni 1987 nicht, auch nicht konkludent, zurückgenommen.

Ungeachtet dessen seien im Jahr 2005 die Antragsformulare, mit denen der Antrag im November 2009 gestellt worden sei, nicht an den Betreuer des Klägers übersandt worden, obwohl der Beklagte aus dem damals laufenden Schwerbehindertenverfahren von der Anordnung der Betreuung gewusst habe. Der Betreuer habe diese Unterlagen nicht erhalten und daher auch nicht in Rücklauf bringen können. Die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen lägen damit zumindest seit dem Jahr 2005 vor.

Selbst Fachärzte hätten eine richtige Diagnose zu der haftbedingten psychischen Erkrankung des Klägers bis zur Untersuchung durch E1 im Jahr 2013 nicht stellen können. Deshalb habe auch der Kläger zur Frage der Schädigungsfolgen keine verbindliche Erklärung abgeben können.

Als Schädigungsfolge habe der Beklagte einen Verlust von sechs Zähnen anerkannt. Dies sei als umfassender Zahnverlust iSd Versorgungsmedizinischen Grundsätze (VMG) anzusehen und rechtfertige vor dem Hintergrund, unter dem der Zahnverlust eingetreten sei, einen GdS von 10 bis 20, so dass ein Gesamt-GdS von mindestens 60 vorliege.

Diese Argumentation hat der Kläger persönlich in über 35 selbst verfassten Schriftsätzen direkt an das LSG weiter ausgeführt bzw. wiederholt.

Im Rahmen des Berufungsverfahrens hat der Kläger die Gewährung einstweiligen

Rechtsschutzes (L 20 VU 1/18 ER) mit dem Ziel begehrt, eine (vorläufige) Nachzahlung von Beschädigtenrente in Höhe von insgesamt 10.000 € für die Jahre 2005 bis 2009 nach einem GdS von 50 zu erhalten. Diesen Antrag hat der Senat mit Beschluss vom 03.12.2018 abgelehnt.

Mit Beschluss vom 24.01.2019 hat der Senat zunächst den PKH-Antrag des Klägers mangels Erfolgsaussicht abgelehnt. Daraufhin hat der Prozessbevollmächtigte mit Schreiben vom 31.05.2019 mitgeteilt, dass der Kläger sein Mandat mit Ablauf des 31.05.2019 gekündigt habe.

Der Kläger hat im Folgenden mit zahlreichen weiteren Schriftsätzen seinen bisherigen Vortrag in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht wiederholt bzw. vertieft, unter anderem zu den Vorgängen im Jahr 2005. Mit Schriftsatz vom 04.06.2019 hat sich Frau C. als gesetzliche Betreuerin des Klägers angezeigt und unter Berücksichtigung der neuen Argumente (erneut) die Gewährung von Prozesskostenhilfe beantragt, da sie sich zur Prozessvertretung des Klägers fachlich nicht hinreichend in der Lage sehe.

Daraufhin hat der Senat mit Beschluss vom 19.08.2019 dem Kläger PKH bewilligt und, nachdem der Prozessbevollmächtigte mit Schriftsatz vom 18.09.2019 seine (erneute) Bevollmächtigung durch den Kläger bzw. dessen gesetzliche Betreuerin angezeigt hatte, mit Beschluss vom 25.09.2019 diesen dem Kläger für das Verfahren beigeordnet.

Mit Schriftsatz vom 16.12.2019 hat der Klägerbevollmächtigte ergänzend vorgetragen, dass im Jahr 1988 die Voraussetzungen für das erst später beim Kläger diagnostizierte posttraumatische Belastungssyndrom bereits vorgelegen hätten. Er habe jedoch keine professionelle Hilfe erhalten. Ärzte hätten Probleme gehabt, die Erkrankung zu diagnostizieren. Die schriftliche Erklärung des Klägers vom 26.06.1988, sein Wohlbefinden habe sich wieder vollständig normalisiert, Haftschäden seien daher momentan nicht vorhanden und auch nicht zu erwarten, habe vor diesem Hintergrund keine Aussagekraft und entfalte keine rechtliche Wirkung, weil er zu seiner Erkrankung damals keine fundierte Auskunft habe geben können. Es wäre Aufgabe des Beklagten gewesen, den Kläger frühzeitig psychologisch untersuchen zu lassen. Die posttraumatische Belastungsstörung hätte so womöglich viel früher diagnostiziert und behandelt werden können. Derartige Erkrankungen finden in der Medizin jedoch erst in jüngerer Zeit mehr Beachtung. Es könne deshalb auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Bewertung des GdS für die psychischen Schäden mit 50 zu gering sei.

Mit dem Verlust von sechs Zähnen sei auch ein GdS von mindestens 10, eher aber von 20 verbunden. Für die Feststellung eines GdS sei diesbezüglich nicht der Verlust aller Zähne erforderlich. Ausreichend sei die Funktionsbeeinträchtigung des Gebisses, wie sie beim Kläger gegeben sei.

Der damalige Betreuer habe für den Kläger im Jahr 2005 keinen Antrag gestellt, der Kläger selbst sei dazu gesundheitlich nicht in der Lage gewesen. Dem Beklagten sei bekannt gewesen, dass der Kläger einen Betreuer habe; dennoch habe er die Antragsformulare nicht an den Betreuer oder den Kläger, sondern an W1 übermittelt. Insgesamt habe der Beklagte sich gegenüber dem Kläger

nicht fÄ¼rsorglich gezeigt.

Der Beklagte hat hierauf mit Schriftsatz vom 17.01.2020 erwidert, dass es fÄ¼r den Beklagten nach dem Kuraufenthalt des KlÄ¼gers 1988 und dessen Mitteilung vom 26.06.1988 keinerlei Veranlassung oder Anhaltspunkte gegeben habe, weitere Nachfragen zu stellen oder gar eine Untersuchung zu veranlassen. Im Ä¼brigen weise die Gegenseite selbst darauf hin, dass mÄ¼glicherweise zur damaligen Zeit fÄ¼r das Erkrankungsbild der posttraumatischen BelastungsstÄ¼rung und dessen Diagnose noch keine hinreichenden Erkenntnisse vorhanden gewesen seien. Der GdS fÄ¼r den Zahnschaden sei nach wie vor mit null zu bewerten. Eine HÄ¼herwertung kÄ¼me nur dann in Betracht, wenn z.B. gemÄ¼ß Nr. 7.4 der VMG ein umfassender Zahnverlust Ä¼ber ein halbes Jahr hinaus prothetisch nur unzureichend zu versorgen wÄ¼re. Gerade dies sei beim KlÄ¼ger aber nicht der Fall, sein Zahnschaden wÄ¼re ohne weiteres hinreichend zu versorgen.

Die Berichterstatterin hat zur weiteren AufklÄ¼rung der VorgÄ¼nge im Jahr 2005 die N GMBH sowie Herrn F., den Betreuer des KlÄ¼gers im Jahr 2005, angeschrieben und um AuskÄ¼nfte gebeten. Die N GMBH hat mit Schreiben vom 28.04.2020 geantwortet, W1 sei seit vielen Jahren nicht mehr dort tÄ¼tig; aus DatenschutzgrÄ¼nden besitze man keinerlei Unterlagen mehr Ä¼ber den KlÄ¼ger und kÄ¼nne auch keine sonstigen AuskÄ¼nfte geben. Herr F. hat mit SchriftsÄ¼tzen vom 11.05.2020 und vom 18.05.2020 geantwortet, er sei nur vom 28.04.2005 bis 30.11.2005 gesetzlicher Betreuer des KlÄ¼gers gewesen. Die Betreuung sei wegen fehlender Mitwirkung beendet worden. Er habe im Jahr 2005 nur einen Antrag auf Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises fÄ¼r den KlÄ¼ger gestellt. Ein Sachverhalt mit einer W1, N GMBH, bzw. eine Beantragung von Leistungen nach dem BVG iVm dem StrRehaG sei ihm nicht bekannt, diesbezÄ¼gliche Unterlagen seien ihm nicht zugegangen.

Der Beklagte hat auf Nachfrage mit Schriftsatz vom 25.06.2020 erklÄ¼rt, aus seinen Akten sei ersichtlich, dass am 19.07.2005 W1 von der N GMBH sich beim Versorgungsamt NÄ¼rnberg telefonisch erkundigt habe und um Ä¼bersendung von Antragsformularen zur Beantragung von Leistungen nach dem StrRehaG fÄ¼r Herrn H gebeten habe. Mit Schreiben vom 02.08.2005 sei das Antragsformular wunschgemÄ¼ß Ä¼bermittelt worden. Als nach Ä¼ber drei Monaten kein RÄ¼cklauf zu verzeichnen gewesen sei, sei die Akte ins Archiv gegeben worden. Damals habe sich aus den Versorgungsakten nicht ergeben, dass fÄ¼r den KlÄ¼ger eine Betreuung angeordnet gewesen sei. Ein Anlass bzw. eine Rechtsgrundlage dafÄ¼r, die Schwerbehindertenakte beizuziehen, habe fÄ¼r das Versorgungsamt damals nicht bestanden. Dies wÄ¼re auch datenschutzrechtlich gar nicht zulÄ¼ssig gewesen. ErgÄ¼nzend werde darauf hingewiesen, dass die Antragstellung nach dem StrRehaG zwar schriftlich oder zur Niederschrift, aber ansonsten formfrei gewesen sei. Dem geschÄ¼ftsfÄ¼higen KlÄ¼ger oder auch seinem Betreuer wÄ¼re es somit jederzeit mÄ¼glich gewesen, in einfacher Schriftform bzw. durch Vorsprache beim Versorgungsamt einen Antrag zu stellen, wenn man dies gewollt hÄ¼tte.

Das Amtsgericht NÄ¼rnberg (Abteilung fÄ¼r Betreuungssachen) hat auf Bitte der Berichterstatterin das psychiatrische Gutachten des Arztes Herrn Z vom 22.05.2019

zur Frage der Betreuungsverlängerung für den Kläger übersandt. Demnach liege beim Kläger eine lange bestehende Störung des Sozialverhaltens bei fehlenden sozialen Bindungen mit vorwiegend selbstunsicheren und ängstlichen, aber auch schizoiden und dissozialen Anteilen vor. Der Umfang der erforderlichen Betreuung habe sich nicht geändert. Dennoch sei der Kläger geschäftsfähig und könne seinen Willen frei bekunden.

Am 22.09.2020 hat ein über dreistündiger Erörterungstermin mit dem Kläger, seinem Bevollmächtigten sowie einem Vertreter des Beklagten stattgefunden, bei dem die Möglichkeit eines Vergleichs, auch im Verfahren [L 20 VU 2/19](#), intensiv diskutiert worden, aber letztlich gescheitert ist. Die gesetzliche Betreuerin des Klägers war nicht anwesend. In einem vorausgehenden Telefonat am 21.09.2020 mit der Berichterstatterin hatte der Klägerbevollmächtigte diesbezüglich erklärt, die Betreuerin begleite ihn nie zu Gerichtsterminen des Klägers. Er werde sie aber über den anstehenden Erörterungstermin in Kenntnis setzen.

In dem Erörterungstermin am 22.09.2020 hat der Kläger erklärt, W1 von der N GMBH habe gesagt, sie werde sich um einen Antrag wegen Haftentschädigung für ihn kümmern. W1 habe gewusst, dass bei ihm eine gesetzliche Betreuung vorliege. Dann habe das Fallmanagement durch die N GMBH geendet und sein Kontakt zu W1 sei abgebrochen. Erst im Rahmen einer tiefenpsychologischen Psychotherapie bei Frau S1 in N sei die Haftzeit (wieder) thematisiert worden. Damals habe sich der Kläger dann erinnert, dass W1 seinerzeit wegen einer Haftentschädigung habe tätig werden wollen. Deshalb habe er, der Kläger, bei der N GMBH nachgefragt, was daraus geworden sei. Er habe dann von der N GMBH oder von der ARGE die Antragsformulare, die offensichtlich W1 2005 für ihn bekommen habe, ohne Anschreiben zugesandt bekommen.

Der Klägerbevollmächtigte hat im Erörterungstermin erklärt, dass die Frage eine Härtebewertung des GdS wegen besonderer beruflicher Betroffenheit in diesem Verfahren nicht Gegenstand sein solle und die Bescheide insofern nicht angefochten werden sollten. Hierzu sei vor dem SG Nürnberg ein eigenes Verfahren anhängig, das ruhe. Der Kläger hat dazu angemerkt, dass die DRV Nordbayern Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben abgelehnt habe. Deswegen sei ebenfalls eine Klage vor dem SG Nürnberg anhängig. Die Beklagte wolle dagegen eine besondere berufliche Betroffenheit nicht anerkennen, weil nach dem Grundsatz „Reha vor Rente“ erstere vorrangig sei.

Im Nachgang zum Erörterungstermin am 22.09.2020 hat der Kläger sich nochmals mit mehreren Schriftsätzen an das LSG gewandt, unter anderen bemängelt, dass seine Betreuerin, Frau C., nicht in das Verfahren involviert werde, auch wenn er geschäftsfähig sei. Weiter hat er einen Protokollberichtigungsantrag gestellt, der mit Beschluss vom 23.11.2020 abgelehnt worden ist.

Die Berichterstatterin hat mit Schriftsätzen vom 02.10.2020 und 16.10.2020 den Klägerbevollmächtigten nochmals um Klärung mit Frau C. gebeten, ob diese trotz der Mandatierung des Klägerbevollmächtigten das Verfahren selbst betreiben möchte mit der Konsequenz, dass der Kläger dann gemäß [Â§ 71](#)

Widerspruchsbescheids vom 30.03.2017, womit der Beklagte es abgelehnt hat, den Bescheid vom 08.10.2010 noch weitergehend aufzuheben und dem KlÄxger BeschÄxdigtenrente nach einem hÄ¶heren GdS als 50 und zudem bereits fÄ¼r die Zeit vor dem 01.11.2009 zu gewÄ¶hren. Das dahingehende Begehren macht der KlÄxger zulÄxssigerweise im Rahmen einer kombinierten Anfechtungsklage (bezÄ¼glich des Bescheids vom 04.01.2012 in Gestalt des Teilabhilfebescheids vom 31.01.2014 sowie des Widerspruchsbescheids vom 30.03.2017), Verpflichtungsklage (bezÄ¼glich einer Ä¶nderung des Bescheids vom 08.10.2010) und Leistungsklage (bezÄ¼glich BeschÄxdigtenrente nach einem hÄ¶heren GdS als 50 und zwar bereits fÄ¼r die Zeit vor dem 01.11.2009) geltend (vgl. zur Ä¶ nicht einheitlichen Ä¶ Rspr. des Bundessozialgerichts Ä¶ BSG Ä¶ zur richtigen Klageart bei [Ä§ 44 SGB X](#) jurisPK, SGB X, Stand 23.03.2020, Ä§ 44 Rn. 154 ff. m.w.N.).

Nicht Streitgegenstand des vorliegenden Verfahrens ist der Bescheid vom 28.02.2012 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 03.04.2017, mit dem die Beklagte den Antrag des KlÄxgers auf HÄ¶herbewertung des GdS wegen besonderer beruflicher Betroffenheit und auf Berufsschadensausgleich abgelehnt hat. Dies ergibt sich zunÄ¶chst schon aus den erst- und zweitinstanzlich gestellten AntrÄ¶gen, die diese Bescheide nicht einbezogen haben, ebenso wie aus dem expliziten Hinweis des KlÄxgerbevollmÄxchtigten im ErÄ¶rterungstermin am 22.09.2020, wonach eine HÄ¶herbewertung des GdS wegen besonderer beruflicher Betroffenheit nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sein solle.

Die Einbeziehung der Bescheide vom 28.02.2012 und vom 03.04.2017 in den Streitstoff des vorliegenden Verfahrens ergibt sich auch nicht aus der Anwendung von [Ä§ 96 Abs. 1 SGG](#). Nach dieser Vorschrift wird ein neuer Verwaltungsakt nur Gegenstand des Klageverfahrens, wenn er nach Erlass des Widerspruchsbescheids ergangen ist und den angefochtenen Verwaltungsakt abÄ¶ndert oder ersetzt. Der Bescheid vom 28.02.2012 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 03.04.2017 hat die hier streitgegenstÄ¶ndlichen Ä¶berprÄ¼fungsbescheide gerade nicht geÄ¶ndert, sondern es vielmehr bei dem darin festgestellten GdS belassen. Der Bescheid vom 28.02.2012 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 03.04.2017 befasst sich bei der PrÄ¼fung, ob in der Person des KlÄxgers die Voraussetzungen fÄ¼r eine ErhÄ¶hung des ihm zuzuerkennenden GdS in Anwendung von [Ä§ 30 Abs. 2 BVG](#) vorliegen, mit Fragen, die von den Beteiligten dieses Verfahrens und den hier angefochtenen Bescheiden nicht thematisiert werden. Auch aus dem Wortlaut des Bescheids vom 10.08.2010 ergibt sich, dass darin nur [Ä§ 30 Abs. 1 BVG](#) geprÄ¼ft und beschieden werden sollte (wÄ¶hrend, so der Bescheidtext weiter, eine Entscheidung Ä¼ber die Voraussetzung des [Ä§ 30 Abs. 2 BVG](#) erst zu einem spÄ¶teren Zeitpunkt erfolgen solle). Nur insoweit hat der Bescheid regelnde Wirkung entfaltet, die von der Verwaltung in Anwendung von [Ä§ 44 SGB X](#) Ä¼berprÄ¼ft werden konnte. Allein dies kann nun auch vom Senat auf seine RechtmÄ¶Ä¶igkeit Ä¼berprÄ¼ft werden (vgl. auch LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 28.02.2019, [L 10 VE 50/15](#)).

Zwar handelt es sich bei der Feststellung des GdS insgesamt und der Berechnung der daraus folgenden Versorgung grundsÄ¶tzlich um einen einheitlichen Streitgegenstand, weil der GdS im allgemeinen Erwerbsleben nach [Ä§ 30 Abs. 1](#)

[BVG](#) und das berufliche Betroffensein nach [Â§ 30 Abs. 2 BVG](#) als Teilfaktoren des einheitlichen Rentenanspruchs nur Berechnungsmodalitäten für den nur einmal zu bildenden einheitlichen GdS darstellen (vgl. BSG, Urteile vom 06.10.1977, [9 RV 66/76](#), und vom 29.11.1973, [10 RV 617/72](#)). Die besondere berufliche Betroffenheit ist lediglich ein Umstand, der ebenso wie andere â€œmedizinischeâ€œ Bemessungsfaktoren für den GdS in Betracht kommen soll (vgl. BSG, Urteil vom 13.12.1979, [9 RV 56/78](#)). Der Beklagte hat aber in den hier angegriffenen Bescheiden stets nur über die Höhe des â€œmedizinischenâ€œ GdS entschieden und ausgeführt, über eine besondere berufliche Betroffenheit werde noch ein gesonderter Bescheid ergehen, was dann ja auch erfolgt ist. Daraus folgt, dass es sich bei dem vorliegend zu überprüfenden Bescheid vom 10.08.2010 insoweit um einen Teilbescheid handelt, als er eine Regelung nur zum â€œmedizinischenâ€œ GdS trifft. Soweit er seinen Adressaten beschwert, konnte bzw. kann er angefochten, nach [Â§ 44 SGB X](#) überprüft bzw. der Überprüfung im Rahmen einer Klage unterzogen werden. Angesichts der in der Praxis der Versorgungsverwaltungen nicht unüblichen getrennten Entscheidungen zu [Â§ 30 Abs. 1 bzw. Abs. 2 BVG](#) ist zum Schutz des geschädigten Menschen wie beantragt zuzulassen, die Versorgung und vorliegend insbesondere deren Beginn anhand nur des â€œmedizinischenâ€œ GdS vorab zu überprüfen (vgl. LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 28.10.2014, [L 6 VS 5037/13](#); a.A. wohl Bayer. LSG, Urteil vom 19.07.2011, [L 15 VG 20/10](#), wobei auch hier darauf abgestellt wurde, was â€œopportun und vom Kläger [â€œ!] gewolltâ€œ sei).

Der Kläger hat â€œ im Wege des Überprüfungsverfahrens nach [Â§ 44 SGB X](#) â€œ gegen den Beklagten weder Anspruch auf Beschädigtenrente nach einem höheren GdS als 50 noch darauf, dass dieser ihm Beschädigtenrente bereits für die Zeit vor dem 01.11.2009 gewährt.

Da der Beklagte in seinem Überprüfungsbescheid nach [Â§ 44 SGB X](#) vom 04.01.2012 bzgl. der beiden genannten streitigen Aspekte in die Sachprüfung eingestiegen ist, ist auch im gerichtlichen Verfahren eine vollständige Überprüfung vorzunehmen (Bayer. LSG, Urteile vom 27.03.2015, [L 15 VK 12/13](#), und vom 26.09.2017, [L 15 VS 14/14](#)).

Ob die Beklagte den Versorgungsanspruch des Klägers zu Recht unter Zugrundelegung des [Â§ 21 Abs. 1 StrRehaG](#) geprüft hat oder ob hierfür [Â§ 4 Abs. 1 HHG](#) heranzuziehen gewesen wäre, ist fraglich, im Ergebnis jedoch ohne Bedeutung für den Ausgang des Rechtsstreits.

[Â§ 21 Abs. 1 StrRehaG](#) lautet (unverändert seit Inkrafttreten des StrRehaG am 04.11.1992):

â€œEin Betroffener, der infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Dies gilt nicht, soweit er wegen desselben schädigenden Ereignisses bereits Versorgung auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes oder auf Grund von Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen, erhält.â€œ

[Â§ 4 Abs. 1 HHG](#) lautet (unverändert sei Inkrafttreten des HHG am 01.01.1980):
â€œEin nach [Â§ 1 Abs. 1 Nr. 1](#) Berechtigter, der infolge des Gewahrsams eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz), soweit ihm nicht wegen desselben schädigenden Ereignisses ein Anspruch auf Versorgung unmittelbar auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes zusteht.â€

Der Kläger hat für seinen â€œ für den Senat allein maßgeblichen (siehe dazu im Folgenden) â€œ Antrag am 26.11.2009 das übersandte Formular für einen Antrag nach dem StrRehaG verwendet. Bei Berücksichtigung des Meistbegünstigungsgrundsatzes sind die klägerischen Erklärungen allerdings so auszulegen, dass er für die aufgrund seines politischen Gewahrsams erlittenen Schädigungsfolgen gleich aufgrund welcher Anspruchsgrundlage entschädigt werden wollte (vgl. auch LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 28.01.2016, [L 11 VU 37/14](#)).

Zwar können nach [Â§ 25 Abs. 2 Nr. 1 StrRehaG](#) auch Personen, die â€œ wie der Kläger â€œ eine Bescheinigung nach [Â§ 10 Abs. 4 HHG](#) bereits vor dem Inkrafttreten des StrRehaG am 04.11.1992 beantragt und erhalten haben, Ansprüche nach dem StrRehaG geltend machen, da ihnen die Durchführung eines weiteren Verfahrens nach dem StrRehaG nicht mehr zugemutet werden soll ([BT-Drucks. 12/1608, Seite 24](#)). Dies beschränkt sich jedoch auf die Ansprüche nach den [Â§ 17 bis 19 StrRehaG](#) unter Anrechnung der Leistungen nach dem HHG. Den Inhabern einer Bescheinigung nach [Â§ 10 Abs. 4 HHG](#) stehen dagegen keine Ansprüche auf Versorgung nach den [Â§ 21 bis 24 StrRehaG](#) zu. Treffen nämlich wie im Falle des Klägers wegen ein und desselben Ereignisses (Haft) gleichartige Ansprüche auf Beschädigtenversorgung aus [Â§ 21 Abs. 1 Satz 1 StrRehaG](#) und aus [Â§ 4 Abs. 1 HHG](#) zusammen, so sind nach [Â§ 21 Abs. 1 Satz 2 StrRehaG](#) Leistungen nach [Â§ 21 StrRehaG](#) nachrangig (vgl. Knickrehm, *Gesamtes Soziales Entschädigungsrecht*, 1. Aufl. 2012, Vor [Â§ 21 StrRehaG](#) Rn. 11, [Â§ 21 StrRehaG](#) Rn. 13). Zwar ist diese Norm eigentlich eng formuliert. Nach ihrem Wortlaut versperrt sie den Weg in das StrRehaG nur, wenn der Betroffene auf Grund des anderen Gesetzes bereits Versorgung erhalten hat. Es dürfte aber gleichwohl nicht darauf ankommen, ob schon Leistungen bewilligt sind und gewährt werden. Der Gesetzgeber hat in seiner Gesetzesbegründung deutlich gemacht, dass er einen Vorrang des anderen Gesetzes schon dann begründen wollte, wenn â€œ wegen desselben schädigenden Ereignisses ein Anspruch auf Versorgung unmittelbar aufgrund des BVG oder aufgrund von Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären, bestehtâ€ ([BT-Drucks., a.a.O., Seite 27](#)). An diesem Nachrang des StrRehaG ändert auch [Â§ 23 Abs. 1 StrRehaG](#) nichts. Zwar wird nach dieser Vorschrift allein nach dem StrRehaG entschädigt, wenn Ansprüche nach [Â§ 21 StrRehaG](#) mit anderen Ansprüchen nach dem BVG oder Gesetzen, die auf das BVG verweisen, zusammentreffen. Diese Norm erfasst jedoch nur Schädigungen auf Grund mehrerer, verschiedener schädigender Ereignisse (Knickrehm, a.a.O., [Â§ 23 StrRehaG](#) Rn. 2), während [Â§ 21 Abs. 1 Satz 2 StrRehaG](#) konkurrierende Ansprüche erfasst, die â€œ wie im Falle des Klägers â€œ auf dieselbe Schädigung zurückzuführen sind (vgl. insg. LSG Baden-

WÃ¼rttemberg, Urteile vom 12.01.2017, [L 6 VH 2746/15](#), und vom 23.02.2012, [L 6 VU 6118/09](#); LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 28.01.2016, [L 11 VU 37/14](#)).

Die Bescheide des Beklagten sind ungeachtet der ihnen zugrunde liegenden Rechtsgrundlage rechtmÃ¤Ãig ergangen.

Sie sind in formeller Hinsicht rechtlich nicht zu beanstanden, insbesondere ist der Beklagte auch gemÃ¤Ã [Â§ 10 Abs. 1 Satz 1 HHG](#) zustÃ¤ndig fÃ¼r die Entscheidung Ã¼ber BeschÃ¤digtenversorgung nach [Â§ 4 HHG](#). Die angefochtenen Bescheide leiden auch nicht an verfahrensrechtlichen MÃ¤ngeln. Zwar hat der Beklagte zur BegrÃ¼ndung jeweils auf das StrRehaG verwiesen und nicht auf das HHG, aber dies fÃ¼hrt nicht zum â vollstÃ¤ndigen â Fehlen einer BegrÃ¼ndung iSv [Â§ 35 Abs. 1 SGB X](#).

Vor dem Hintergrund, dass die Anerkennung von SchÃ¤digungsfolgen nach dem StrRehaG und nach dem HHG nach identischen MaÃstÃ¤ben erfolgt â beide verweisen insbesondere auch auf [Â§ 30 BVG](#) â ergeben sich vorliegend auÃerdem fÃ¼r die materiell-rechtliche PrÃ¼fung des klÃ¤gerischen Anspruchs keine Unterschiede daraus, ob man als Anspruchsgrundlage [Â§ 4 HHG](#) oder [Â§ 21 StrRehaG](#) heranzieht. Dem Grunde nach ist sowohl [Â§ 21 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 StrRehaG](#) iVm [Â§ 1 Abs. 1 Nr. 1d\) StrRehaG](#) als auch [Â§ 4 Abs. 1 Halbsatz 1 HHG](#) iVm [Â§ 1 Abs. 1 Nr. 1 HHG](#) durch die dem Rechtsstreit zugrunde liegende politische Haft des KlÃ¤gers erfÃ¼llt.

Streitig sind vorliegend allein der Zeitpunkt der Antragstellung sowie die HÃ¶he des GdS.

Die in [Â§ 4 Abs. 1 HHG](#) bzw. [Â§ 21 Abs. 1 Satz 1 StrRehaG](#) genannte Versorgung ist im Einzelnen in den [Â§ 30 ff. BVG](#) geregelt. BeschÃ¤digte erhalten nach [Â§ 31 Abs. 1 Satz 1 BVG](#) eine monatliche Grundrente, deren HÃ¶he nach dem GdS gestaffelt ist. Dieser GdS ist nach den allgemeinen Auswirkungen der FunktionsbeeintrÃ¤chtigungen, die durch die als SchÃ¤digungsfolge anerkannten kÃ¶rperlichen, geistigen oder seelischen GesundheitsstÃ¶rungen bedingt sind, in allen Lebensbereichen zu beurteilen ([Â§ 30 Abs. 1 Satz 1 BVG](#)). Hierbei sind die in der Anlage zur Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) vom 10.12.2008 ([BGBl. I Seite 2412](#)) festgelegten Versorgungsmedizinischen GrundsÃ¤tze (VMG) heranzuziehen.

Die BeschÃ¤digtenversorgung beginnt mit dem Monat, in dem ihre Voraussetzungen erfÃ¼llt sind, frÃ¼hestens mit dem Antragsmonat ([Â§ 60 Abs. 1 Satz 1 BVG](#)). Die AntrÃ¤ge in Versorgungsangelegenheiten sind schriftlich oder mÃ¼ndlich unter Aufnahme einer Niederschrift bei dem Versorgungsamt zu stellen, auch wenn fÃ¼r die Entscheidung das Landesversorgungsamt zustÃ¤ndig ist ([Â§ 6 Gesetz Ã¼ber das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung](#) â KOVfG â idF des Gesetzes vom 06.05.1976).

Dies zugrunde gelegt hat der KlÃ¤ger frÃ¼hestens ab dem 01.11.2009 Anspruch auf BeschÃ¤digtenversorgung, denn sein Antrag ist erst am 26.11.2009 in

schriftlicher Form beim Beklagten eingegangen. Aus der Zeit davor existiert kein Antrag, der einen Anspruch auf entsprechende Versorgung für die Zeit vor dem 01.11.2009 auslösen könnte, insbesondere weder aus dem Jahr 1987 noch aus dem Jahr 2005.

Der Kläger kann einen Anspruch nicht auf seinen am 15.06.1987 gestellten Antrag nach dem HHG stützen, denn diesen hat er mit Schreiben vom 26.06.1988 zurückgenommen. In diesem Schreiben erklärte der Kläger zwar nicht ausdrücklich, den Antrag zurückzunehmen. In ständiger obergerichtlicher Rechtsprechung (vgl. BSG, Urteil vom 27.02.1980, [1 RJ 124/78](#); Bundesverwaltungsgericht – BVerwG –, Beschluss vom 11.12.1991, [5 B 77/90](#)) ist aber anerkannt, dass nach den auch im öffentlichen Recht geltenden allgemeinen Rechtsgrundsätzen für die Auslegung von Willenserklärungen Anträge konkludent bzw. durch schlüssiges Verhalten als zurückgenommen angesehen werden können, soweit dem keine Formvorschriften entgegenstehen. Ob eine Antragsrücknahme vorliegt, ist anhand der Umstände des Einzelfalls zu ermitteln.

Nicht zu entscheiden ist, ob eine Antragsrücknahme schriftlich zu erfolgen hat, soweit es wie vorliegend ein Antrag gemäß [Â§ 6 KOVvFG](#) der Schriftform bedurfte, denn problematisch ist nicht die Form der Erklärung vom 26.06.1988, die der Kläger selbst unterschrieben hat, sondern allein deren Bedeutungsgehalt. Maßgebend ist hierbei für die Auslegung einer Willenserklärung nicht der innere, sondern der erklärte Wille, wie ihn der Empfänger bei objektiver Würdigung verstehen musste. Bei Betrachtung der Gesamtumstände ist auch nach Auffassung des erkennenden Senates das Schreiben vom 26.06.1988 zweifelsfrei darauf gerichtet, das im Jahr 1987 in Gang gesetzte Verwaltungsverfahren zur Feststellung von Leistungsansprüchen nach dem HHG zu beenden. Der Kläger hat in seinem Schreiben unmissverständlich mitgeteilt, dass momentan Haftschäden nicht vorhanden seien und er mit solchen auch nicht mehr rechne. In diesem Zusammenhang sind dem Schreiben auch keine Hinweise darauf zu entnehmen, dass der Kläger das Verfahren lediglich vorübergehend nicht betreiben wollte, so dass für einen verständigen Betrachter nur der Schluss zu ziehen war, dass der Kläger die Angelegenheit als abgeschlossen ansehen wollte, mithin den Antrag auf Versorgung zurücknahm, weil er weitere Leistungen vom Beklagten aktuell nicht begehrte.

Es gab auch keinerlei Anhaltspunkte bzw. Verpflichtung für den Beklagten zum damaligen Zeitpunkt, von Amts wegen weitere Ermittlungen bezüglich etwaiger dennoch bestehender haftbedingter Gesundheitsschäden des Klägers einzuleiten. Denn zum einen wird eine Beschädigtenversorgung nur auf Antrag gewährt ([Â§ 60 Abs. 1 BVG](#)). Zum anderen hat der Kläger im Schreiben vom 26.06.1988 explizit erklärt, sein Wohlbefinden habe sich wieder vollständig normalisiert, so dass insofern auch in tatsächlicher Hinsicht keine Veranlassung bestand. Weiter merkt die Klägerseite selbst an, dass das Erkrankungsbild des Klägers in den 1980er Jahren noch weitgehend unbekannt bzw. unberücksichtigt gewesen und auch in den folgenden Jahren von den Ärzten des Klägers nicht erkannt worden sei. Und schließlich weist auch E1 in ihrem Gutachten vom

29.09.2013 darauf hin, dass unmittelbar nach der Haftentlassung noch eine geringe Ausprägung der Störungensbilder beim Kläger bestand, die sich erst durch Wegfall der Kompensationsmöglichkeiten und zusätzliche Belastungen, insbesondere durch Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Einrichtungen und Behörden, ab ca. 2000 massiv gesteigert haben. Vor diesem Hintergrund erscheint es aus der Luft gegriffen, wenn der Klägerbevollmächtigte der Auffassung ist, der Beklagte hätte bereits 1988 von sich aus den Gesundheitszustand des Klägers weiter eruiert und gegebenenfalls aufgrund seiner Fürsorgepflicht auf eine (erneute) Antragstellung nach dem HHG hinwirken müssen.

Auch in den Jahren seit 2005 bis zu seinem Antrag am 26.11.2009 hat der Kläger keine Anträge gestellt, die einen Versorgungsanspruch nach dem BVG auslösen könnten. Allein durch den Anruf durch W1, N GMBH, am 19.07.2005 sollte ersichtlich noch kein Antrag gestellt, sondern lediglich ein solcher durch Übersendung von Antragsformularen vorbereitet werden.

Der Kläger ist auch nicht im Rahmen eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs so zu stellen, als hätte er bereits im Juli 2005 einen Antrag auf Versorgung gestellt.

Der von der Rechtsprechung entwickelte sozialrechtliche Herstellungsanspruch ist auf die Vornahme einer Amtshandlung zur Herstellung des Zustands gerichtet, der bestünde, wenn der Leistungsträger die ihm aufgrund eines Gesetzes oder des konkreten Sozialrechtsverhältnisses gegenüber dem Berechtigten obliegenden Haupt- oder Nebenpflichten, insbesondere zur Auskunft und Beratung ([§ 14, 15 SGB I](#), [§ 115 Abs. 6 SGB VI](#)), ordnungsgemäß wahrgenommen hätte. Er setzt demnach voraus, dass der Sozialleistungsträger eine ihm aufgrund Gesetzes oder Sozialrechtsverhältnisses obliegende Pflicht, insbesondere zur Auskunft und Beratung, verletzt hat, dass dem Betroffenen ein Nachteil entstanden ist und dass die behördliche Pflichtverletzung (als wesentliche Bedingung) kausal zu einem sozialrechtlichen Nachteil des Berechtigten geführt hat. Schließlich muss der durch das pflichtwidrige Verwaltungshandeln eingetretene Nachteil durch eine zulässige Amtshandlung beseitigt werden können (stän. Rspr, vgl. z.B. BSG, Urteil vom 16.3.2016, [B 9 V 6/15 R](#) m.w.N.).

Auch wenn man davon ausgeht, dass dem Beklagten aufgrund des von Herrn F. für den Kläger geführten Schwerbehindertenverfahren die gesetzliche Betreuung des Klägers hätte bekannt sein müssen, lässt sich hieraus kein Pflichtverstoß des Beklagten im Zuge der Übersendung des Formularantrags an W1, N GMBH, ableiten.

Nach [§ 11 Abs. 1 Nr. 1 SGB X](#) sind für die Vornahme von Verfahrenshandlungen (z.B. Antragstellung und damit auch Anforderung von Antragsformularen) natürliche Personen, die nach bürgerlichen Recht geschäftsfähig sind. Laut dem sich in der Schwerbehindertenakte des Klägers befindenden Beschluss des Amtsgerichts N vom 25.07.2005 über die Bestellung von Herrn F. zum Betreuer des Klägers bestand kein Einwilligungsvorbehalt nach [§ 1903](#) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Der geschäftsfähige Kläger konnte selbst

Verfahrenshandlungen vornehmen, etwa ein Antragsverfahren nach dem StrRehaG einleiten bzw. W1 beauftragen oder mit ihr vereinbaren, ihm hierzu Antragsformulare zu beschaffen. Nur wenn der gesetzliche Betreuer ein Verwaltungsverfahren selbst initiiert oder an sich zieht und selbst positiv betreibt, gilt nach [Â§ 11 Abs. 3 SGB X](#) iVm [Â§ 53 ZPO](#), dass allein dessen Verhalten im Verwaltungsverfahren maÃgeblich und rechtswirksam ist, wÃ¤hrend der Betreute ab dem Zeitpunkt des TÃ¤tigwerdens des Betreuers als prozessunfÃ¤hig bzw. im Falle von [Â§ 11 SGB X](#) als verfahrensunfÃ¤hig gilt (jurisPK, SGB X, Stand 22.06.2020, Â§ 11 Rn. 46; Hauck/Noftz, Stand 12/2016, Â§ 11 Rn. 59). Da Herr F. jedoch nicht selbst die Antragsformulare angefordert und damit das Verfahren initiiert hatte, war der Beklagte nicht verpflichtet, diesem die Formulare fÃ¼r einen Antrag nach dem StrRehaG zu Ã¼bersenden, sondern durfte die Formulare auch direkt an den KlÃ¤ger oder an die von diesem beauftragte W1 von der Arbeitsvermittlung schicken.

Ob das Antragsformular Ã¼ber vier Jahre deshalb nicht in den RÃ¼cklauf gebracht wurde, weil es bei der N GMBH oder beim KlÃ¤ger unbearbeitet liegen blieb, kann dahingestellt bleiben. Dies ist jedenfalls nicht dem Beklagten zuzurechnen, sondern zeigt lediglich, dass dem Antrag nach dem StrRehaG damals keine Bedeutung mehr zugemessen wurde. Herr F. wusste davon auch gar nichts. Wenn er oder auch der KlÃ¤ger selbst zu irgendeinem Zeitpunkt einen Antrag nach dem StrRehaG hÃ¤tten stellen wollen, wÃ¤re dies auch ohne Formular jederzeit mÃ¶glich gewesen.

Ferner kann der KlÃ¤ger einen sozialrechtlichen Herstellungsanspruch auch nicht auf die Behauptung stÃ¼tzen, der Beklagte hÃ¤tte aufgrund seiner Erkenntnisse aus dem Schwerbehindertenverfahren von sich aus die PrÃ¼fung eines Versorgungsanspruchs in die Wege leiten oder den KlÃ¤ger bzw. dessen Betreuer dahingehend beraten mÃ¼ssen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Denn aus den vorgelegten Unterlagen im Schwerbehindertenverfahren (sowohl beim Erstantrag 2005 als auch im Rahmen der NachprÃ¼fung 2008) ergeben sich keine derart sich aufdrÃ¤ngenden Hinweise auf gerade haftbedingte GesundheitsstÃ¶rungen des KlÃ¤gers, die eine diesbezÃ¼gliche Pflicht zur sog. Spontanberatung beim Beklagten hÃ¤tten auslÃ¶sen kÃ¶nnen. Zwar wurde in den oben zitierten Befundunterlagen die politische Haft wiederholt thematisiert, die maÃgebliche Ursache fÃ¼r die GesundheitsstÃ¶rungen des KlÃ¤gers wurde jedoch durchwegs in dessen aktueller Wohnsituation gesehen. Dieser Ã¼berzeugung war auch der KlÃ¤ger selbst â auch noch im Rahmen des NachprÃ¼fungsverfahrens bezÃ¼glich der Feststellung nach dem SGB IX im Jahr 2008, wo er in einer eigenhÃ¤ndig verfassten Stellungnahme â unter Bezugnahme auf eine umfassende Stellungnahme von W2 â am 02.07.2008 geltend machte, dass die eigentlichen Ursachen seiner gesundheitlichen Probleme gefunden seien, nÃ¤mlich hochfrequente elektromagnetische Sendeanlagen in seinem Wohnumfeld.

Angesichts all dessen musste es sich dem Beklagten nicht aufdrÃ¤ngen, dass die GesundheitsstÃ¶rungen des KlÃ¤gers doch auch zu einem relevanten Teil haftbedingt sein kÃ¶nnten. Eine Pflichtverletzung des Beklagten im Hinblick auf eine unterlassene Antragstellung nach dem StrRehaG in der Zeit zwischen 2005 und 2009 liegt deshalb nicht vor.

Schließlich ist dem Kläger auch nicht auf der Grundlage des [Â§ 60 Abs. 1 Satz 1](#) und 2 oder Abs. 2 Satz 1 BVG Versorgung für Zeiträume vor der Antragstellung im Jahr 2009 zu leisten. Die Privilegierung des [Â§ 60 Abs. 1 BVG](#) erfasst lediglich einen Erstantrag auf Versorgung (LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 21.06.2018, [L 6 VK 4523/17](#); Bayer. LSG, Urteil vom 16.10.2018, [L 15 VH 2/14](#); Knickrehm, a.a.O., [Â§ 60 BVG](#) Rn. 3). Einen solchen hatte der Kläger aber bereits am 15.06.1987 gestellt, diesen jedoch am 26.06.1988 wieder zurückgenommen (vgl. oben). Darüber hinaus ist wegen der Zurücknahme des Antrags am 26.06.1988 ein Anspruch auf Versorgung durch den Beklagten nicht festgestellt worden, so dass auch eine Versorgung vor Antragstellung im Wege einer Neufeststellung auf der Grundlage des [Â§ 60 Abs. 2 Satz 1 BVG](#) rechtlich ausgeschlossen ist.

Da dem klägerischen Versorgungsanspruch somit erst eine Antragstellung am 26.11.2009 zugrunde gelegt werden kann, ist es für den vorliegenden Rechtsstreit ohne Bedeutung, inwieweit bereits zu einem früheren Zeitpunkt haftbedingte Schadensfolgen bei ihm bestanden hatten bzw. mit welchem GdS diese zu bewerten wären.

Darüber hinaus ist nicht ersichtlich, dass die anerkannten Schadensfolgen die Anerkennung weiterer Schadensfolgen liegt vorliegend nicht im Streit einen höheren Gesamt-GdS als 50 rechtfertigen würden.

Der Einzel-GdS von 50 in Bezug auf die posttraumatische Belastungsstörung, den der Beklagte berücksichtigt hat, wird seitens des Klägers nicht substantiiert in Frage gestellt und auch der Senat sieht keine Anhaltspunkte insbesondere auch nicht im aktuellen psychiatrischen Gutachten des Herrn Z für das Amtsgericht Nürnberg vom 22.05.2019 dafür, dass dieser Einzel-GdS zu niedrig wäre.

Soweit der Kläger geltend macht, bei Berücksichtigung seiner schadenbedingten Zahnschäden sei ein Gesamt-GdS von mindestens 60 gerechtfertigt, findet dies keine Stütze in den für die Beurteilung maßgebenden VMG. Bereits das SG hat hierzu in zutreffender Weise Folgendes ausgeführt:

Auf Grundlage der bereits festgestellten Schadensfolgen kommt keine höhere Bewertung des GdS in Betracht. Nach [Â§ 30 Abs. 1 BVG](#) richtet sich die Beurteilung des GdS nach den allgemeinen Auswirkungen der Funktionsbeeinträchtigungen in allen Lebensbereichen. Die hierfür maßgebenden Grundsätze sind in der am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) aufgestellt worden. Nach [Â§ 2 VersMedV](#) sind die auch für die Beurteilung des Schweregrades nach [Â§ 30 Abs. 1 BVG](#) maßgebenden Grundsätze in der Anlage Versorgungsmedizinische Grundsätze (VMG Anlageband zu BGBl. I Nr. 57 vom 15. Dezember 2008, G 5702) als deren Bestandteil festgelegt und damit der Beurteilung der erheblichen medizinischen Sachverhalte mit der rechtlichen Verbindlichkeit einer Rechtsverordnung zugrunde zu legen.

Für die hier streitige Bemessung ist die GdS-Tabelle der VMG anzuwenden. Nach den allgemeinen Hinweisen zu der GdS-Tabelle sind die dort genannten GdS-Sätze Anhaltswerte (Teil B, Nr. 1 a). In jedem Einzelfall sind alle leistungsmindernden Störungen auf körperlichem, geistigem und seelischem Gebiet zu berücksichtigen und in der Regel innerhalb der in Teil A, Nr. 2 e genannten Funktionssysteme (Gehirn einschließlich Psyche; Augen; Ohren; Atmung; Herzkreislauf; Verdauung; Harnorgane; Geschlechtsapparat; Haut; Blut und Immunsystem; innere Sekretion und Stoffwechsel; Arme; Beine; Rumpf) zusammenfassend zu beurteilen. Die Beurteilungsspannen tragen den Besonderheiten des Einzelfalles Rechnung (Teil B, Nr. 1 a).

Der umfassende Zahnverlust wird nach Teil B, Nr. 7.4 VMG mit einem GdS von 10 bis 20 bewertet, wenn er über ein halbes Jahr hinaus prothetisch nur unzureichend zu versorgen ist. Nach Auffassung der Kammer liegt bei einem Verlust von sechs Zähnen bereits kein umfassender Verlust von Zähnen vor. Hier müsste zumindest die Hälfte der Zähne betroffen sein. Darüber hinaus kann durch Zahnersatz eine ausreichende Versorgung sichergestellt werden, weshalb beide Bedingungen nicht erfüllt sind. Die Schädigungsfolge des Verlustes von sechs Zähnen führt damit zu einem GdS von 0 v.H. und erhöht den GdS von 50 v.H. für die psychischen Störungen nicht. Der Gesamt-GdS verbleibt damit bei 50 v.H.

Ergänzend hierzu ist auszuführen, dass der vom Kläger geltend gemachte Gesamt-GdS allenfalls dann vorliegen könnte, sofern der Zahnverlust als umfassend anzusehen wäre und einen Einzel-GdS von 20 rechtfertigen würde. Dies ist im Falle des Klägers jedenfalls zu verneinen.

Nach den gemeinsamen Grundsätzen zum Gesamt-GdS (Teil A, Nr. 3 d) ee) VMG) führen, von Ausnahmefällen (z. B. hochgradige Schwerhörigkeit eines Ohres bei schwerer beidseitiger Einschränkung der Sehfähigkeit) abgesehen, zusätzliche leichte Gesundheitsstörungen, die nur einen GdS von 10 bedingen, nicht zu einer Zunahme des Ausmaßes der Gesamtbeeinträchtigung, auch nicht, wenn mehrere derartige leichte Gesundheitsstörungen nebeneinander bestehen. Auch bei leichten Funktionsbeeinträchtigungen mit einem GdS von 20 ist es vielfach nicht gerechtfertigt, auf eine wesentliche Zunahme des Ausmaßes der Behinderung zu schließen. Damit kann dahinstehen, ob ein Zahnverlust erst als umfassend anzusehen ist, wenn mindestens die Hälfte der Zähne bis so das SG schädigungsbedingt betroffen ist (für den Verlust von zwei Zähnen verneint: Thüringer LSG, Urteil vom 23.02.2012, [L 5 VU 814/07](#)). Eine Herabwertung käme bei Beachtung der gemeinsamen Grundsätze (Teil A, Nr. 3 d) ee) VMG) vorliegend allenfalls in Betracht, wenn ein Einzel-GdS von 20 für den Zahnverlust anzunehmen wäre, d.h., wenn der Zahnverlust vergleichbar wäre mit einem Verlust erheblicher Teile des Alveolarfortsatzes mit wesentlicher, prothetisch nicht voll ausgleichbarer Funktionsbehinderung (vgl. GdS-Tabelle Teil B Nr. 7.4 VMG). Zu beachten ist auch, dass selbst bei einem Verlust eines Teiles des Unterkiefers mit schlaffer Pseudarthrose ohne wesentliche Beeinträchtigung der Kaufunktion und Artikulation ein GdS von 20 nicht gerechtfertigt ist (vgl. GdS-Tabelle Teil B Nr. 7.3 VMG). Eine derartig massive Einschränkung, d.h. eine

wesentliche Beeinträchtigung der Kaufunktion und Artikulation allein diese könnte einen Einzel-GdS von 20 rechtfertigen ist aber nach dem (anerkannten) Zahnverlust von sechs Zähnen nicht nachvollziehbar. Im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass der Zahnverlust des Klägers über ein halbes Jahr hinaus prothetisch nur unzureichend zu versorgen wäre. Dass wegen der Finanzierung der angestrebten Versorgung tatsächlich wohl seit Jahren eine unzureichende zahnprothetische Versorgung beim Kläger vorliegt, kann einer unzureichenden Versorgung aus medizinischen Gründen und nur hierauf kommt es im Rahmen der VMG an nicht gleichgestellt werden.

Angesichts all dessen kann die Berufung unter keinem Gesichtspunkt Erfolg haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe, die Revision gemäß [Â§ 160 SGG](#) zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 15.12.2021

Zuletzt verändert am: 22.12.2024